



In 25 Städten Deutschlands ließen am Mittwoch Unterstützer der Roma-Bleiberechtskampagne „alle bleiben!“ Luftballons als Symbol der selbstbestimmten Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit aller Menschen steigen. Auch Studenten der FH Koblenz beteiligten sich an der Aktion. Foto: D. Hülpiusch

99 Luftballons als Symbol für Bleiberecht

Aktion Studenten der Fachhochschule erklären sich mit Flüchtlingen solidarisch

Von unserer Reporterin
Denise Hülpiusch

■ **Koblenz.** Studenten der Fachhochschule Koblenz solidarisieren sich mit der Roma-Bleiberechtskampagne „alle bleiben!“. Anlass dafür ist die heute und morgen tagende Innenministerkonferenz in Wiesbaden, bei der unter anderem über ein neues Bleiberecht für lang geduldete Flüchtlinge entschieden werden soll.

Als Symbol der selbstbestimmten Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit aller Menschen ließen die Studenten gestern 99 Luft-

ballons steigen. Die Koblenzer Aktion steht in einem größeren Zusammenhang: In 25 deutschen Städten stiegen Luftballons auf. An den Ballons wurden Infozettel angebracht, die auf die Lage der geduldeten Flüchtlinge hinweisen.

Momentan haben in der Bundesrepublik 86 000 geduldete Flüchtlinge Angst vor ihrer Abschiebung. Der Großteil von ihnen lebt schon seit mehr als sechs Jahren in Deutschland – es ist ihr Zuhause geworden. Manche leben gar Jahrzehnte hier. Auch haben viele schon Kinder, die hier aufgewachsen sind und zur Schule ge-

hen. Die Heimat ihrer Eltern kennen sie oft gar nicht. Für die Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo ist die Situation momentan besonders dramatisch: In diesen Tagen wurde bereits die siebte Sammelabschiebung im laufenden Jahr durchgeführt. Von 150 000 Roma wurden seit 1999 – oft mit brutaler Gewalt – 120 000 aus dem Kosovo vertrieben. Auch bleibt die Angst der Geflohenen groß, da viele der damaligen Täter heute zentrale Positionen in Wirtschaft, Polizei und Politik einnehmen.

Die Studenten der FH Koblenz fordern mit ihrer Aktion: eine

selbstbestimmte Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit aller Menschen weltweit, eine Abschaffung der Abschiebung von lange geduldeten Flüchtlingen und die Abschaffung der Praxis, Duldungen immer wieder zu verlängern (Kettenduldung). Außerdem wollen sie die Abschaffung aller ausgrenzenden Regelungen, wie zum Beispiel Residenzpflicht, Asylbewerberleistungsgesetz und Lagerunterbringung für die Legalisierung von Menschen ohne Papiere, erreichen. Sie fordern ferner eine uneingeschränkte Teilhabe an der Gesellschaft.